

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 50 Pfennig pro  
3 gespaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 2 .: 34. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 10b .: Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 16. Januar 1920

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Aufgaben und Eigen-  
schaften der Vertrauensleute I. — Dritte Tagung des Aus-  
schusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. —  
Aus unserem Beauf. — Michael Barm — Gewerkschaftliche Rundschau. — Korrespondenzen. — Versammlungs-  
kalender — Sterbeliste. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten  
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag  
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 19. und 25. Januar  
ist der 3. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem  
Verbande gegenüber durch pünktliche Beitrags-  
leistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im  
Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung  
aus Verbandsmitteln.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden die  
Kollegen in ihrem eigensten Interesse ersucht,  
bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zu-  
vor bei der dortigen Ortsverwaltung zu er-  
kundigen.

## Aufgaben und Eigenschaften der Vertrauensleute.

### I.

Es liegt im Wesen einer Organisation be-  
gründet, daß sie sich, wenn sie eine größere Aus-  
dehnung erreicht hat, Mittelspersonen schafft, die  
die Verbindung herstellen zwischen Leitung und  
Mitgliedern. Bei kleineren Organisationen be-  
steht ein unmittelbarer Verkehr zwischen den  
Beteiligten, die aber bei großen Organisationen  
zu einer Unmöglichkeit wird. Hier müssen Ver-  
trauensleute vorhanden sein, die den Verkehr  
vermitteln zwischen dem Vorstand und den Mit-  
gliedern, die einerseits das Interesse ihrer Kol-  
legen und andererseits das der Gewerkschaft  
vertreten, die das Vertrauen der Kollegen und  
das Vertrauen des Vorstandes genießen, die also  
„Vertrauensleute“ sind im wahrsten Sinne des  
Wortes.

Eine moderne Gewerkschaft kann ohne ein  
gut ausgebautes Vertrauenspersonensystem keine  
leistungsfähige Tätigkeit entfalten, und darum  
finden wir dies System überall, wo die Zahl  
der Mitglieder im Laufe der Zeit so gewachsen  
ist, daß dem Vorstande der persönliche Ueber-  
blick fehlt. In welcher Form sich dies System  
entwickelt und welchen Namen es trägt, ist  
gleichgültig, die Hauptsache ist, daß Mitglieder,  
Vertrauensleute und Vorstand dauernd Hand in  
Hand arbeiten, um die Aufgaben der Gewerks-  
chaft so gut wie möglich zu lösen. Hier fällt  
den aus den Reihen der Mitglieder gewählten  
Vertrauensleuten eines Betriebes oder eines  
Bezirks die schwierige, aber segensreiche Arbeit  
zu, die Organisation immer wieder mit frischem

Blute und neuem Geiste zu erfüllen, damit jede  
Verknöcherung und Versteinigung — die größte  
Gefahr für eine Organisation — ferngehalten  
wird.

Die Aufgaben der Vertrauensleute sind  
vielseitig, wie ja auch die Aufgaben der Gewerks-  
schaft vielseitig sind. Sie liegen zunächst und in  
erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiete, sie er-  
strecken sich aber auch auf das Gebiet der Auf-  
klärung, Belehrung, Erziehung und Schulung.  
Eine Gewerkschaft ist nicht nur eine Gesellschaft,  
die den Mitgliedern materielle Vorteile ver-  
schaffen soll, sie ist zugleich auch eine Gemein-  
schaft, deren Glieder durch ideelle Bande, durch  
geistige und seelische Fäden untereinander ver-  
knüpft sind. Sie ist gewissermaßen eine Ge-  
sinnungs- und Erziehungsschule, in der die Be-  
teiligten zu geistig und sittlich hochstehenden  
Menschen herangebildet werden sollen. Wer  
dies vergißt, indem er ausschließlich die ma-  
teriellen Ziele in den Vordergrund drängt, der  
verkennt das Wesen einer Gewerkschaft und  
wird im Laufe seiner gewerkschaftlichen Tätig-  
keit manche bittere Enttäuschung erleben.

Innerhalb eines Betriebes sind die Ver-  
trauensleute die offiziellen Vertreter der Ge-  
werkschaft und zugleich die Berater und die Be-  
auftragten ihrer Kollegen. Sie haben in erster  
Linie dafür Sorge zu tragen, daß in dem Be-  
triebe gute, geordnete Verhältnisse herrschen,  
daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen (Arbeits-  
lohn, Arbeitszeit und Arbeitsweise) den gewerks-  
chaftlichen Forderungen entsprechen, daß in  
bezug auf die Anstellung, Beförderung und Ent-  
lassung der Mitarbeiter keine Schiebungen statt-  
finden, daß die Behandlung nichts zu wünschen  
übrig läßt, kurz und gut, daß es in dem Be-  
triebe anständig hergeht. Durch Besprechungen  
mit den Kollegen müssen sie stets auf dem lau-  
fenden sein, damit sie der Betriebsleitung  
Klagen und Beschwerden vortragen und An-  
regungen geben können zur Abstellung von Miß-  
ständen und Einführung von Verbesserungen.  
Damit sie diese Aufgabe erfolgreich durchsetzen  
können, ist es unbedingt nötig, daß sie ihre sämt-  
lichen Kollegen geschlossen hinter sich haben, und  
daß die Gewerkschaft, deren ausführendes Organ  
sie sind, in dem Betrieb als die berechnete  
Interessenvertretung der Arbeiter und Ar-  
beiterinnen anerkannt ist. Um ihre Autorität  
gegenüber der Betriebsleitung zu wahren und zu  
festigen, dürfen sie sich niemals zum Sprach-  
rohr eines leeren Geredes und unbeweisbarer  
Behauptungen machen, sie müssen ihre Forde-  
rungen vorbringen auf Grund genauer Fest-  
stellungen und unanfechtbarer Tatsachen. Nicht  
nur der Betriebsleitung, sondern auch ihren  
Kollegen gegenüber müssen sie Rückgrat be-  
weisen.

Diese Tätigkeit gewinnt um so größere Be-  
deutung, je mehr wir uns der Sozialisierung  
näheren und je mehr sich die Notwendigkeit be-  
merkbar macht, den Geist des Sozialismus und

der Demokratie in unserem Wirtschaftsleben zu  
verwirklichen. Die Gewerkschaft an sich bzw. der  
Vorstand kann nicht unmittelbar in einen Be-  
trieb eingreifen, die Beteiligten mit den Ver-  
trauensleuten an der Spitze sind in erster Linie  
dazu da, die Dinge selbst zu regeln. Die Ge-  
werkschaft kann nur allgemeine Richtlinien auf-  
stellen und Anleitung geben, wie die Sache zu  
machen ist, die eigentliche Arbeit müssen die Be-  
teiligten selbst verrichten. Es ist falsch und  
selbstbenutzter Männer unwürdig, um jede  
Kleinigkeit zum Verbandsbureau zu laufen und  
den gewerkschaftlichen Apparat in Bewegung zu  
setzen; viel wichtiger ist es und auch ehrenvoller,  
aus eigener Kraft Ordnung zu schaffen. In  
wichtigen Fällen ist natürlich die Gewerkschaft  
in Anspruch zu nehmen, stets und unter allen  
Umständen aber muß der gewerkschaftliche Geist  
die Richtschnur allen Tuns und Lassens sein.

Sollen die Vertrauensleute ihrer Aufgabe,  
die wirtschaftlichen Interessen ihrer Kollegen  
innerhalb der Betriebe zu vertreten, gerecht  
werden, so müssen sie eine genügende Autorität im  
Bereiche ihres Wirkungskreises genießen. Diese  
Autorität können sie sich nur erwerben durch  
Sachkunde und strenge Unparteilichkeit. Sie  
müssen den Betrieb durch und durch kennen und  
mit allen Einzelheiten vertraut sein, sie müssen  
aber auch ohne Ansehen der Person, niemandem  
zuliebe und niemandem zuleide, vorgehen.  
Darum ist die Wahl der Vertrauensleute von  
solch großer Bedeutung, damit die richtigen  
Personen gefunden werden. Nicht immer sind  
die Kollegen am geeignetsten, die große Reden  
schwingen und an allem herumrörgeln, viel  
geeigneter sind jene, die Erfahrung, Beobach-  
tungsgabe, Urteilsfähigkeit und Verantwortlich-  
keitsgefühl in sich vereinen.

## Dritte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts- bundes.

Berlin, 15. bis 17. Dezember 1919.

Die dritte Tagung des Ausschusses des Allge-  
meinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte eine so  
umfangreiche Tagesordnung zu erledigen, daß die  
vorgesehenen drei Sitzungstage nicht ausreichten,  
und einige wichtige Angelegenheiten für die nächste  
Tagung zurückgelassen werden mußten.

Der Bericht des Vorstandes lag dem Ausschuss  
im Druck vor. Derselbe gab Kenntnis von den Vor-  
gängen und Akten anlässlich der Delegation zur  
internationalen Arbeitskonferenz in Washington,  
von der Regelung der gewerkschaftlichen Organi-  
sationen im neupolnischen Gebiet, von den Sitzun-  
gen der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und  
gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände,  
sowie von Verhandlungen über die Stilllegung von  
Unternehmungen, über Einstellung von Arbeiter-  
kontrollleuten bei der Gewerbeaufsicht, über die Me-  
thode der Sozialversicherung sowie über Ernährungs-  
fragen. Ferner enthält der Bericht sachliche Mitteilun-  
gen über die Reorganisation der Arbeitsgemein-  
schafts freier Angestelltenverbände, über gewerkschaft-

liche Anschlußgesuche an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, über das Zusammenwirken mit sozialpolitischen Körperschaften, Gewährung von Zuschüssen an Arbeitersekretariate, über die Einrichtung gewerkschaftlicher Bezirksunterrichtskurse und über die Arbeitsorganisation im Bureau des Bundesvorstandes.

Die Verhandlungen über den Bericht des Bundesvorstandes wurden in 16 Unterabschnitte eingeteilt. Ueber die Zentralarbeitsgemeinschaft gab Cohen noch ein besonderes instruktives Referat, das vor allem die Frage der Ausfuhrregelung eingehend behandelte. Die Debatte bewegte sich hauptsächlich um die Schwierigkeiten der Kohlenverföhrung und des Transportwesens sowie um das Zustandekommen von Arbeitsgemeinschaften in der Landwirtschaft und Binnenverkehr. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt. Hinsichtlich der Teilnahme an der internationalen Arbeitskonferenz zu Washington legte Graßmann nochmals alle Einzelheiten dar, die den Bundesvorstand zu einer Delegation veranlassen und die Umstände, die schließlich das Eintreffen der Delegation in Washington verhinderten. Der Ausschuß stimmte der Auffassung zu, daß die Bedingungen des internationalen Gewerkschaftskongresses zu Amsterdam, unter denen eine Delegation nach Washington zulässig sein sollte, als erfüllt zu erachten seien.

Die dem Gewerkschaftsbund angehörenden Angestelltenverbände, die mit anderen Angestelltenverbänden eine Arbeitsgemeinschaft gebildet haben, erstreben anlässlich der Ausgestaltung dieser letzteren zugleich eine Reorganisation derselben. Die Verhandlungen hierüber haben zu keinem positiven Ergebnis geführt, wohl aber zu verschiedenen Vorschlägen, von denen der des Verbandes freier Angestellten die Errichtung einer Angestelltenabteilung im Gewerkschaftsbund zur Wahrnehmung der Angestellteninteressen empfahl, während der Bundesvorstand der Auffassung zuneigte, daß dann die Bildung einer eigenen Zentrale der Angestelltenverbände schon vorzuziehen sei. Die Aussprache hierüber war eine sehr umfangreiche. Ihr Resultat war, daß das Ausscheiden der Angestelltenverbände aus dem Gewerkschaftsbund empfohlen wurde, nach Bedarf einen besonderen sachlichen Beamten für die Bearbeitung der Angestelltenfragen einzustellen. Die Verhandlungen über die Aufnahme einer vom Reich beschlossenen Lebenshaltung- und Lohnstatistik, die 3000 Betriebe umfassen soll, und für die bereits 500 000 Mk. bewilligt sind, konnten nicht zum Abschluß gelangen, da über die Zweckmäßigkeit einer solchen Stichprobenaufnahme noch keine ausreichende Klärung besteht.

Infolge von Klagen über Terrorismus und Organisationszwang hat das Reichsarbeitsministerium eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern der verschiedenen Richtungen einberufen, in der man sich nach längerem Hin- und Herreden auf die Veröfentlichung einer den Organisationszwang mißbilligenden Erklärung einigte. Ueber den Wortlaut dieser Erklärung kam es in der Ausschußsitzung zu Meinungsverschiedenheiten. Eine vom Ausschuß eingesetzte Redaktionskommission verlangte, daß bei einer Stellungnahme zum Organisationszwang auch die Selbstverständlichkeit des Konzentrationsprozesses im Organisationsleben und die Notwendigkeit einheitlicher Organisation gegenüber dem Unternehmensumfeld betont werden müßten. Der Ausschuß beauftragte den Bundesvorstand, in diesem Sinne weiter zu verhandeln.

Ueber die Arbeiten zur Vorbereitung einer Reform der Sozialversicherung eingesetzten Ausschusses berichtete Wissell. Die Reformen sollen sich auf die dringendsten Forderungen der Versicherten beschränken. Der Ausschuß war mit dem dargelegten Programm einverstanden.

Von Seiten eines Reichsbundes der Invaliden, Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen Deutschlands wurden an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ziemlich weitgehende finanzielle Hilfsansprüche gestellt, die der Vorstand mit Hinweis darauf ablehnte, daß die Gewerkschaften selbst die Vertretung der Interessen der Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen seit jeher übernommen haben und auch in Zukunft nicht aus den Händen geben werden. Der Ausschuß stimmte dieser Auffassung zu.

Sodann berichtete H. Müller über die seitberigen Verhandlungen im Ausschuß der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz, die mehrere Verschlechterungen, aber auch einige Verbesserungen herbeigeführt haben. Die Verabschiedung des Gesetzes im Plenum ist Anfang Januar zu erwarten. Der Bundesvorstand empfahl dem Ausschuß die Herausgabe einer Betriebsrätezeitung zur Schulung der in den Betriebsräten tätigen Arbeiterbestreter in diesem neuen Aufgabenbereich. Die Notwendigkeit einer solchen Schulung wurde allgemein anerkannt. Die Meinungen gingen indes darin auseinander, ob ein solches Organ gemeinsam für alle Gewerkschaften herausgegeben werden könne, oder ob die einzelnen Gewerkschaften solche Organe für ihre eigenen Mitglieder einführen. Vielleicht könnten auch Blätter

für verwandte Berufsgruppen geschaffen werden. Ein Versuch wurde nicht gefaßt, sondern dem Bundesvorstand angehegeben, zunächst genaue Kalkulationen über die Kosten eines solchen Organs einzuziehen und den Vorständen mitzuteilen.

Die Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse können nach einer Verordnung des Arbeitsministers vom 3. September 1919 vom zuständigen Demobilisierungskommissar auf Antrag einer Partei als rechtsverbindlich erklärt werden. Obwohl sich diese Rechtsbestimmung nach dem Inhalt der fraglichen Verordnung auf die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der Demobilisierung beschränkt, ist sie auch bereits für Tarifschiedssprüche in Anwendung gekommen. Ueber die Zulässigkeit und Möglichkeit dieser Rechtsanwendung waren die Meinungen in Gewerkschaftskreisen geteilt. Während Wissell für die Gewerkschaften darin einen Vorteil erblickte, wurde von Neumann (Holzarbeiter) mit großer Energie der gegenteilige Standpunkt vertreten. Der Ausschuß fällt einen Entschluß über diesen Zweispalt nicht, sprach aber den Wunsch aus, daß auf eine Verkleinerung der Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen hingewirkt werden möge.

Zur Aufklärung der heimkehrenden Kriegsgefangenen über die Arbeits- und Organisationsverhältnisse in der Heimat hat der Bundesvorstand ein Merkblatt im Umfange eines Heftigen Heftens herausgegeben, das in den Sammelstellen der Kriegsgefangenen verbreitet werden soll. Der Ausschuß stimmte dieser Maßnahme zu.

Für den aus der Redaktion des „Korrespondenzblattes“ am 1. November 1919 ausgeschiedenen zweiten Redakteur Wilhelm Jansson, der als Sozialattaché in den Dienst der schwedischen Gesandtschaft in Berlin getreten ist, wählte der Ausschuß den seitherigen Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“, August Quist, in Stuttgart. Dem Genossen Jansson widmete Graßmann und Eudinger warme Abschiedsworte.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist dem Institut für Gewerbygiene in Frankfurt a. M. beigetreten und hat den Gen. Reholz-Frankfurt zu seinem Vertreter bestellt. Der Ausschuß bewilligte für das Institut einen Jahresbeitrag von 1000 Mk.

Zu den von der Sozialen Frauenschule in Berlin veranstalteten Frauenkursen zur Ausbildung für die berufliche Arbeiterin in der Wohlfahrtspflege, zu denen auch Arbeiterinnen herangezogen werden sollten, wurde ein Beitrag von 5000 Mk. bewilligt und die Vorstände ersucht, geeignete Bewerberinnen zur Teilnahme an den Kursen namhaft zu machen.

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund, dessen Tätigkeit in der Förderung des gewerblichen Fachschulwesens besteht, wurde ein Jahresbeitrag von 100 Mk. beschloffen. Der gleiche Betrag wurde dem Hauptauschluß für deutsche Jugendherbergen bewilligt.

Der Bundesvorstand unterbreitete dem Ausschuß die Musterabgaben für die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Derselben wurden mit einer redaktionellen Änderung angenommen.

Vom Gewerkschaftskongreß waren dem Ausschuß mehrere Anträge betr. Aufhebung des Belagerungszustandes im Industriegebiet und Uebernahme der Kosten der Bezirkssekretariate überwiesen. Der erstere Antrag erledigte sich infolge der inzwischen erfolgten Aufhebung des Belagerungszustandes. Hinsichtlich der Kosten der Bezirksarbeitersekretariate war der Ausschuß der Meinung, daß deren Uebernahme auf die Bundeskasse nicht zu empfehlen sei, vielmehr nur in Bedarfsfällen eine Unterstützung einzelner Sekretariate möglich wäre. In diesem Sinne soll der Bundesvorstand von Fall zu Fall prüfen und helfend eingreifen.

Eine nochmalige Aussprache fand statt über die auf dem internationalen Gewerkschaftskongreß zu Amsterdam abgegebene Erklärung Cassenbachs hinsichtlich der Schuldfrage am Kriege und der demgegenüber veröffentlichten Erklärung des Bundesvorstandes. Der Ausschuß nahm die beiderseitigen Erklärungen zur Kenntnis und erachtete dieselben durch die Aussprache für erledigt. Dem Anschluß an den internationalen Gewerkschaftsbund stimmte er zu und wählte Legien als Vertreter der deutschen und österreichischen Gewerkschaften.

Sodann beschloß der Ausschuß die Veranstaltung einer Hilfsaktion für die Arbeiterchaft Österreichs. Es sollen Sammlungen für die österreichischen Gewerkschaften eingeleitet und den letzteren sofort aus den Kassen der Verbände ein Betrag von 1 Million Mark auf Konto der Sammlungen übermittle werden.

Da in Arbeiterkreisen vielfach die Arbeit wegen Kohlen- und Materialmangel unterbrochen werden muß, so wurde eine Regelung der Entschädigung der Betroffenen entsprechend der Regelung im Januar 1918 gewünscht. Als zweckmäßig wurde eine Dittteilung des Schadens vorgeschlagen, so daß die Arbeiter

zwei Drittel des Ausfalls vom Arbeitgeber und von der Erwerbslosenfürsorge ersetzt bekommen.

Bei Erledigung mehrerer Anschlußanträge wurde dem Anschluß der Internationalen Arbeiterloga an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zugestimmt. Die Loge steht auf gewerkschaftlichem Boden und zählt etwa 4000 Mitglieder. Abgelehnt wurde der Anschluß des Verbandes der Post- und Telegraphenbediensteten. Der Anschluß des Allgemeinen Schweizerbundes wurde verjagt, weil dieser sich weigert, mit dem Deutschen Landarbeiterverband einen Kartellvertrag abzuschließen. Der Anschluß des Verbandes der Volkseisachleute wurde abgelehnt, weil dieser den bestehenden Kartellvertrag mit dem Landarbeiterverband gebrochen hat. Der Anschlußantrag des Werkmeisterverbandes der Schuhindustrie wurde zurückgestellt, um nähere Ermittlungen einzuziehen.

Die Fragen der passiven Resistenz als gewerkschaftliches Kampfmittel und der Technischen Nothilfe wurden auf die Tagesordnung der nächsten Ausschußsitzung gestellt. Auf Antrag des Bauarbeiterverbandes wurde der Bundesvorstand beauftragt, über die Steuerpflicht der Gewerkschaften beim Rechenapparat und bei der Einkommensteuer Aufklärung zu schaffen und für die Steuerfreiheit der Gewerkschaften einzutreten.

## Aus unserem Beruf.

Wahnsinnige Lederpreise. Die freie Lederwirtschaft hat in wenigen Monaten zu Preisen geführt, die jeder Vernunft spotten. Die Schuhleder haben durchweg eine Verunsicherung der Preise gegenüber Januar 1919 erfahren und stekt das Kilo Bodenleder 65—80 Mk., Bogcalb kostet 130—146 Mk. Das Kilo Treibriemenleder ist auf 110 Mk. gestiegen. In ähnlicher Höhe bewegt sich das Mantleder für die Sattler. Der Verein der Sattlerlederhändler hat gegen diese wahnsinnige Steigerung protestiert, worauf seitens der Fachpresse mit dem völligen Verschwinden des Mantleders vom Ledermarkt gedroht wurde. Anscheinend unterließen die Verbraucher aber die Händler, denn es wird sehr mit den Käufen zurückgehalten. Gegen die Herstellung von Portefeulles- und Lugsuleder sowie Waren hieraus finden sich immer wieder Stimmen. „Lugus und Bardarf“ wendet sich gegen diese Leute und schreibt:

„Wir wollen nun hier nicht einer schrankenlosen Herstellung von Lugsul- und Feinleder für die Portefeulles- und verwandte Industrien das Wort reden. Eine weise Maßhaltung ist auch hier am Platze. Aber unter dieser Einschränkung ist dieser Zweig der Lederfabrikation nicht nur berechtigt, sondern aus wichtigen volkswirtschaftlichen Gründen sogar unentbehrlich. Abgesehen von seiner Wichtigkeit für den Veredelungsverkehr, in welchem hochwertige Pelle eingeführt und dafür fertiges Leder wieder ausgeführt wird, wodurch sich der deutsche Kredit im Auslande wie das Ansehen der deutschen Industrie und nicht zuletzt der Wert der deutschen Mark nur heben kann, hat die Lugsul- und Portefeulleslederindustrie neben direkter Ausfuhr die Aufgabe, zahlreiche inländische Betriebe mit Material zu versorgen, welche Tausenden von Arbeitern Beschäftigung und Brot gewähren. Auch ist heute die Ausfuhr von Fertigerzeugnissen dieser Industrien im Qualitätsware von hervorragender Bedeutung für die Versorgung des Inlandes mit unentbehrlichen Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Nur dadurch ist der Passivität unserer Handelsbilanz und der notleidenden Valuta wieder aufzuhelfen.“

Der Verband Deutscher Gamakenfabrikanten, der im Sommer vorigen Jahres gegründet wurde und dem 88 der größten Fabriken als Mitglied angehören, macht in der jüngsten Zeit sich außerordentlich lebhaft in der Fachpresse bemerkbar. Dieser Verband ist dem Bund der Deutschen Lederwarenindustriellen (Sitz Berlin) angeschlossen und ist deshalb auch an unserem Reichstafel beteiligt. Dem Programm zufolge, das dieser Verband aufgestellt hat, soll der Zusammenschluß der Fabrikanten dazu dienen, die Reorganisation des Gewerbes, die durch die Auflösung unseres Heeres notwendig wurde, leichter zu lösen und namentlich in Holz-, Lohs- und Rohstofffragen ein einiges Zusammengehen ermöglichen.

Die Vereinigung der Sportartikelhersteller hat die Preise für alle Arten von Bällen wesentlich erhöht. Fußballbälle stehen jetzt auf 93 und 98 Mk., Faustbälle auf 77—90 Mk., Schlagbälle auf 5,75—8,50 Mk., Lederfußbälle von 10—22 Zentimeter kommen 21 bis 75 Mk.

Der Kostentendenz in Gefahr. Wir haben vor einigen Wochen auf die Bestrebungen im Osten des Reiches hingewiesen, die darauf hinauslaufen, die Grundenschaften des Achtstundentages der Arbeiterschaft zu rauben. In dem Artikel wurde namentlich den Kleinrentnern der Vorwurf der antisozialen Haltung gemacht. Aber nicht immer sind die Meister allein schuld; auch die Arbeiter können sich mit dem

Achtstundentag noch nicht abfinden. So lesen wir darüber in der „Breslauer Gerichtszeitung“:

„Hier in Breslau geschah es, daß in einer Fabrik, in der Lederwaren hergestellt werden, täglich zehn Stunden lang und oft darüber hinaus gearbeitet wurde. Das gelangte zur Kenntnis der Aufsichtsbehörde, und eines späten Nachmittags, als die Acht-Stunden-Uhr längst abgelaufen war, kam ein Beamter und stellte den Juristherren zur Rede. Dieser, ein alter Handwerksmeister, gab kurz zur Antwort: „Das beste wird sein, Sie tragen meine Gesellen. Die machen da oben, was sie Lust haben, und auf mich hören sie nicht, wenn ich vom Achtstundentage rede.“

Dabei gab er ein Stockzeichen, trat an einen Schlichter und rief: „Dört mal, Ihr ober! Der Gustav soll mal runterkommen. Er soll den Felix, den August, den Artur und die anderen mitbringen!“

Kurz darauf kam die Gesellschaft angestampft, sieben oder acht Mann, meist schon angejahrte und angegraute, achtunggebietende Gesellen. Erwartungsvoll blickten sie drein und musterten den fremden Gast.

„Hier ist ein Herr,“ begann der Meister, „der will Euch verbieten, länger als acht Stunden zu arbeiten.“

„Wieso? . . . Warum?“ . . . Ein Murren und Säurern begann.

„Sie wissen, der Achtstundentag!“ sagte der Gast. „Warum machen Sie Ueberstunden?“

Gustav, der Altgezell, trat als Sprecher vor. „Weil es uns so gefällt,“ sprach er. „Weil uns die Arbeit Freude macht, und weil wir bei dieser Kälte im Warmen bleiben wollen. Verschaffen Sie uns Kohlen! Verschaffen Sie uns zu Hause warme Stuben! Sorgen Sie, daß unsere Kinder und unsere Frauen nicht erfrieren! Die Frauen und die Kinder bringen uns das Essen her und wärmen sich hier an der Heizung. Darum haben wir den Meister gebeten, daß er uns mit unserer ganzen Gesellschaft in den Abendstunden hier bleiben läßt. Wenn wir aber das Licht verbrennen, wollen wir auch etwas tun und etwas dabei verdienen. Dieses Recht lassen wir uns nicht nehmen. Wenns draußen warm sein wird, machen wir wieder Achtstundentag. Die paar Kohlen, die wir kriegen, reichen kaum zum Kochen hin.“

Daß in Breslau in manchen Betrieben über die Schnur gehauen wird, ist uns bekannt, namentlich soll es bei dem Sattlermeister A. Jäger noch so recht vorhinftastlich zugehen. Ob dieser obige Betrieb mit dem des Herrn J. identisch, wissen wir nicht; fast möchten wir es vermuten, denn seine Leute mit den Vornamen zu rufen, ist auch so ein Rest des ehemaligen und in Schlesien noch nicht ganz ausgestorbenen Kost- und Logiszwanges. Im übrigen halten wir die Kohlegeschichte für eine Ausrede der übelsten Art, genau so wie die Rede des Meisters, daß die Gesellen auf ihn nicht mehr hören wollen, die der Wahrheit wohl nicht standhalten kann. So werden seitens der Arbeiterschaft die Forderungen der Revolution mit Füßen getreten und muß die Polizei eintreten und zur Pflichterfüllung mahnen.

Michael Wurm.

Am 22. Januar wird unser Kollege Wurm-Offenbach sechzig Jahre. Viele werden verwundert sein, daß unser Michel, wie er im Offenbacher Gebiet genannt wird, schon die Sechzig auf dem Rücken hat. In den letzten Jahren hat er sich trotz der vielen Arbeiten immer mehr verjüngt. Und aus Arbeiten ist unser Freund gewöhnt. Seit der Gründung unserer Ortsverwaltung Offenbach im Jahre 1892 ist Kollege Wurm ununterbrochen an der Spitze der dortigen Verwaltungsstelle tätig gewesen. Unermüdet war er für die Interessen seiner Berufsgenossen tätig, und darin zeigt er auch heute noch keine Müdigkeit. Wenn heute in Offenbach die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen schon auf einer vorgeschrittenen Stufe steht, so hat unser Wurm daran einen beträchtlichen Anteil. Insbesondere dürfen wir erinnern an seine unterschiedene Gegnerschaft gegenüber der Heimarbeit und an den Erfolg auf diesem Gebiete. Wir sprechen also den aufrichtigen Wunsch aus, daß es unserem Michel noch manches Jahr vergönnt sein möge, für seine Offenbacher Kollegen und für die Interessen der Allgemeinheit in der gewohnten Weise und alten Mütigkeit tätig zu sein. Daß auch der Familie unseres Freundes Dank gebührt, versteht sich am Bande, da sie ein richtiges Familienleben infolge der Zuanpruchnahme unseres Kollegen Wurm nicht kennen lernte.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Entscheidung der Zentralarbeitsgemeinschaft zur Lebensmittelverwertung. Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat, wie wir erfahren, folgende Entscheidung gefaßt:

„Die Reichsregierung hat sich, um die Ernährungswirtschaft aufrechtzuerhalten, in Uebereinstimmung mit dem 6. Ausschuß der Nationalversammlung genötigt gesehen, den Landwirten Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Kartoffeln in dem durch die Verordnung vom 18. Dezember 1919 vorgezeichneten Umfang zu gewähren.“

Die Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands erkennt an, daß die hierdurch hervorgerufene Teuerung dieser wichtigen Nahrungsmittel von den Arbeitern und Angehörigen nicht getragen werden kann. Sie hält es deshalb für dringend notwendig, daß dieser ziffernmäßig festzustellende Ausgleich von den Arbeitgebern ab 1. Januar 1920 getragen wird.

Diese Feststellungen sind ohne Verzug von den beiderseitigen Organisationen regional einheitlich zu treffen. Da es sich um eine Verteuerung der unentbehrlichsten Nahrungsmittel handelt, trifft diese den Ernährer einer Familie stärker als den Alleinlebenden. Die außerordentliche Zulage soll darum nach der Kopfzahl der vom Arbeitnehmer zu versorgenden, nicht selbst erwerbenden Familienangehörigen bemessen werden; sie soll jedem Arbeitnehmer — unabhängig von den Tarifverträgen — die Möglichkeit verschaffen, den durch die neue Verordnung hervorgerufenen Mehraufwand zu bestreiten.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer stimmen darin überein, daß durch die Uebernahme dieser Teuerungszulagen der Industrie neue Milliardenlasten aufgebürdet werden. Erhöhte Produktionskosten können aber nur durch erhöhte Produktion ausgeglichen werden; soll eine weitere Steigerung der Preise aller Fertigfabrikate in Deutschland verhindert werden, muß jeder Schaffende seine Pflicht bis aufs Letzte erfüllen!“

Sieben Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften zählen am Jahreschluss nach den vorläufigen Zählungen 7,1 Millionen Mitglieder. Dies bedeutet einen Zuwachs von 5/8 Millionen Mitglieder in einem Jahr oder täglich durchschnittlich 15 000 Neuaufnahmen. Diese neuen Mitglieder zu wertvollen Gewerkschaftlern zu erziehen ist eine Meilenarbeit, die nur durch die Mitarbeit aller älteren Mitglieder geleistet werden kann.

Das Schornsteinfegergewerbe war bis vor wenigen Jahren von der modernen Arbeiterbewegung sehr wenig berührt. Die gesetzlichen Vorschriften über die Ausübung dieses Berufes drängten die Gehilfen zur Eigenbrödelerei. Die Lage der Gehilfen ist alles eher als gut zu bezeichnen und ist es daher erklärlich, wenn sie jetzt auch Forderungen stellen, um ihre Lebensbedürfnisse bestreiten zu können. In Berlin können sich die Meister noch nicht an die Gewerkschaft gewöhnen und sehen die Dinge so, daß ein Lohnkampf nicht ausgeschlossen ist.

Für die Bürsten-, Pinsel- und Bleistiftindustrie, welche vornehmlich in Nürnberg ihren Sitz hat und in ihren niedrigen Löhnen seit irdrhwächlich geworden ist, wurde um Mitte Dezember v. J. ein Reichstarif durch den Deutschen Holzarbeiterverband abgeschlossen. Die Arbeitszeit ist gleich den Löhnen in vier Ortsklassen eingeteilt, und zwar 1. und 2. 46, 3. 47 und 4. 48 Stunden. Die Löhne sind für männliche und weibliche Arbeiter nach fünf Jahresklassen (16—24 Jahre) eingeteilt und bewegen sich pro Stunde zwischen 1,15—3 Mk. bzw. 0,90—2 Mk.

German Sachse, der alte Vergarbeiterführer, der schon unter dem Sozialistengesetz in den vorberitten Reihen stand, ist aus dem Vorstand des Vergarbeiterverbandes ausgeschieden und auf Vorschlag seines Vorstandes als Geschäftsführer in das Kalifornien übergetreten. An seine Stelle ist der zweite Vorsitzende Friedrich Husemann getreten.

Für die Textilindustrie beruft der Verbandsvorstand des Textilarbeiterverbandes für Ende Februar eine Konferenz der Betriebsräte und Arbeiterschüsse nach Leipzig ein.

Korrespondenzen.

Braunschweig. In unserer Versammlung am 7. Januar wurde Stellung genommen zu der Antwort des Zentralvorstandes auf unseren Antrag, die Hypothek hier auf dem Grundstück des „Volksfreund“ zu kündigen. Trotzdem wir es dem Vorstand klar gemacht hatten, daß hier das Unternehmen fast von der gesamten Arbeiterschaft gemieden wird, ja daß jetzt dort eine bürgerliche Zeitung gedruckt wird und wir es wohl ganz entschieden ablehnen müssen, mit unserem Gelde uns bekämpfen zu lassen, wurde unser Antrag abgelehnt. Es wurde beschlossen, die Sache dem Ausschuß zu unterbreiten. Dann wurde noch Stellung genommen zu unserem Tarif in der Leder-

warenbranche, und da war man der Ansicht, daß es im jetzigen Jahr festgelegt werden. Jetzt müßte man eigentlich alle vierzehn Tage Lohnerhöhung haben. Länger als auf ein Vierteljahr dürften wir aber auf keinen Fall Löhne festlegen. Es wurde in der Debatte auch noch die Frage über den Mindestlohn angeschnitten. Verschiedentlich wurden in unserer Zeitung die Kollegen aufgefordert, mehr zu verlangen. Die Unternehmer sträubten sich meist aber, über den Mindestlohn zu zahlen. Wir müssen deshalb bei neuen Lohnabjchlüssen den Satz so stellen, daß wir als Einheitslohn unser Auskommen haben und nicht, daß dann erst nachher der Kleinstkriege in den Betrieben losgeht, um noch etwas über den Mindestlohn herauszuholen. Von der Tarifkommission wurde erwartet, daß dieselbe von den Forderungen auch nicht ein bißchen abläßt. Dann wurde noch Stellung zur Generalversammlung genommen, und da war man allgemein verwundert über die Wahlkreiserteilung. Man muß ja anerkennen, daß der Kollege vom Hauptvorstand gut rechnen kann; die tausende Mitglieder sind immer wundervoll zusammengelommen. Den Mitgliedern der kleinen Verwaltungsteile ist er aber nicht gerecht geworden. Vor dem Kriege war es klug, daß die Verwaltungsteile ungefähr gleichmäßig ihrer Stärke nach in Wahlkreise eingeteilt wurden, diesmal eine große mit überwiegender Mehrheit, dann noch ein halbes Duzend kleine; gewiß auch Demokratie. Da hätte man doch sollen ehrlich sein und hätte nach dem Antrag verfahren, der auf der Generalversammlung ja angenommen ist, daß der Vorstand berechtigt ist, bei wichtigen Angelegenheiten eine Konferenz abzuhalten, wozu die Verwaltungsteile über 500 Mitglieder einen Delegierten entsenden können. Das war einfacher und hatte dasselbe Resultat. Es wurde beschlossen, hierüber Protest einzulegen. Als Kandidat wurde unser Kollege Paul wieder aufgestellt.

Anmerkung des Vorstandes: Die Wahlkreiserteilung ist erfolgt auf Grund des Beschlusses der Nürnberger Generalversammlung, dem auch der Kollege Paul zugestimmt hat. Demzufolge kommen auf 1000 Mitglieder ein Delegierter, und danach hat der Vorstand zu verfahren. Der § 14 unseres Statuts kann hier nicht angewandt werden, der würde erst recht die kleinen Wahlstellen ausschließen.

Kaiserslautern. Die am 2. Januar stattgefundene Generalversammlung war leider mäßig besucht. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 4. Quartal und wurde ihm Entlastung erteilt. Der Kartelldelegierte teilte mit, daß der Beitrag für das Gewerkschaftskartell pro Mitglied auf 40 Pf. erhöht wurde und die Stelle eines Arbeitersekretärs ausgeschrieben werden soll. Bei der darauffolgenden Wahl des Vorstandes wurden als Ortsfunktionäre teils wiedergewählt zum Vorsitzenden Kollege Otto Pfenning, zum Kassierer Jakob Schneider, zum Schriftführer Karl Niedmann. Ein Antrag betreffs Abänderung im Statut der Lokalkasse, statt der ersten drei Tage je 1 Mk. pro Tag 4 Mk. und jeden weiteren Tag je 1 Mk. bis zur Höchstgrenze von 24 Mk. wurde angenommen. Kollege Pfenning rechtfertigte sich gegen den Vorwurf verschiedener Kollegen, bei der Firma Schläfer in Tariffragen nicht nachdrücklich genug vorgegangen zu sein und wies ihn als unwahr zurück. Zum Schluss gab der Vorsitzende nochmals bekannt, daß die Mitgliederversammlungen jeden ersten Freitag im Monat stattfinden. Die nächste Versammlung findet am 6. Februar, abends 6 Uhr, statt.

Stulp. Neuzeitliche Geschäftstaktik eines Handwerksmeisters. Eine eigenartige Geschäftstaktik, sich Arbeitskräfte heranzuziehen, wendet der hiesige Sattlermeister Franz B. in der Goldstraße an, der durch stets in kurzen Abständen erscheinende Inserate der verschiedensten Tageszeitungen Sattlergesellen sucht. Auf diese Art gelingt es ihm auch, größtenteils von auswärtigen Gesellen heranzuziehen, deren Stellung aber nur von kurzer Dauer ist. Die Folge davon ist, daß meistens ansässige, verheiratete Gesellen durch erfolgte Kündigung nach einigen Wochen trotzlos werden. Im diesem zu begegnen, bittet die hiesige Ortsleitung alle auswärtigen Kollegen, vor Annahme einer solchen Stelle sich mit dem Vorstand in Verbindung zu setzen.

Waldbühl (Nhb.). Am 16. Dezember tagte die junge Ortsverwaltung zum ersten Male und hatten sich alle Verbandsmitglieder eingefunden. Der angesagte Referent des Abends, Kollege Schneider-Barmen, blieb leider aus. Nach reichlicher Aussprache beschloß man, einen Lokalausflug von 30 Pf. pro Woche zu erheben und im übrigen die zweite Beitragsklasse zu zahlen. Ferner standen die Zustände einer hiesigen Fabrik zur Aussprache und sollen dort noch Stundenlöhne von 40 und 50 Pf. bei zehnständiger Arbeit vorkommen. Der Reichstarif wurde auch als ungenügend in der Lohnfrage kritisiert. Zum Schluss wurden noch einige Neuaufnahmen gemacht.

**Verfammlungskalender.**

Um Raum zu ersparen, müssen wir in der Zukunft davon absehen, Verfammlungsanzeigen einzelner Verwaltungsstellen im Inzeratenstil zu bringen, da jede kleine Zeitspille auch Anspruch auf Aufnahme derartiger Bekanntmachungen erheben kann und auch schon erhoben wurde. Wir werden die Verfammlungsanzeigen ohne Angabe der Tagesordnung wie folgt veröffentlichen:

Berlin. 22. Januar, 7 Uhr, bei Böder, Weberstr. 17. Außerordentliche Generalversammlung.  
 Berlin. 29. Januar, 7 Uhr, bei Graumann, Nannyn-

**Bekanntmachung**

der Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Wir machen hiermit bekannt, daß die in der Ausschüttung vom 18. November 1919 beschlossenen Satzungsänderungen vom Oberversicherungsamt genehmigt sind und mit dem heutigen Tage, hinsichtlich der §§ 28 und 31 mit dem 1. Oktober 1919 in Kraft treten.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

gez. R. Gottesmann, Vorsitzender.  
 gez. Fr. Reese, Schriftführer.

**Mehrere tüchtige, erstklassige Wagen- und Karosserien-Sattler** zum sofortigen Eintritt gesucht.  
 Robert Müller, Frankfurt am Main-West, Leipziger Straße 27.

**Tüchtige Portefeuller** gesucht auf eingeschlagene, rundgezogene und eingezogene Trefoer.

Ernst Schwarz, Berlin SO. 16, Köpenicker Str. 127.

**Perfekter Schärfer oder gute Schärferin** für Fortuna-Schärfmaschine zum sofortigen Antritt gesucht.

**Gustav Vanhorst,**  
 Lederwarenfabrik,  
 Hemelingen = Bremen.

**Zwei tüchtige, selbständige Portefeuller** für Damen-, Brief- und Geldscheintaschen zum sofortigen Eintritt gesucht.

Robert Müller, Lederwarenfabrik, Frankfurt am Main-West, Leipziger Straße 27.

**Lederwaren**

Reisbeutel, Klopfspeichen, Fußhalter, solange Vorrat, abzugeben. A. Delgehausen, Celle.

straße 27. Branchenversammlung für Sattler, Portefeuller usw.

Frankfurt a. M. Geschirrfabrik, 19. Januar, 7 Uhr, Kolleg 5, Gewerkschaftshaus. Tarifaufstellung.  
 Gelsenkirchen. 31. Januar, 5 Uhr, bei Darenrecht, Ringstraße.

Gleiwitz. Sonntag, 25. Januar, vorm. 11 Uhr, im Restaurant Klossel.

Offenbach a. M. 2. Februar, 5 Uhr, Gewerkschaftshaus, Austr. 2. Generalversammlung.

Stuttgart. Freitag, 23. Januar, 1/2 8 Uhr, Ehlinger Straße 12, Saal 12, Generalversammlung.

**Perf. Portefeuller**

sofort gesucht.

**C. Wscheuer, Lederwaren- und Etuisfabrik G. m. b. H., Solingen.**

**Spezialisten**

auf Maulbügel-, Steg- und dergleichen Kesseltaschen stellen ein

**C. Leschen & Co., Köln-Nippes,**  
 Geldernstraße 46.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

**Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.**

— Gegründet 1880. —

Preislisten S. P. gratis und franko.

**Sterbetafel.**

Braunschweig. Richard Schwizky, 28 Jahre alt, Magenleiden.

Hannover. Wilhelm Sandersen.

München. Johann Solleder, 62 Jahre alt.

Offenbach a. M. Edmund Riffky, Grippe, 49 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken.

**Sattler auf Seletts und Kammedel**

sofort gesucht. Aug. Schmidt Nachf., Münster i. Westf., Achtermannstraße 23.

Noch zu haben im Selbstverlag des Verbandes der Sattler und Portefeuller, Berlin, Brückenstr. 10b, die 88 Seiten starke Broschüre:

**Unser Kriegsbuch**

Eine Darstellung der Kriegswirkungen im Sattler- und Portefeullergewerbe.  
 Von P. Blum.

Ferner ist erschienen:

**Das Protokoll über den Verbandstag in Nürnberg.**

Der Preis beider Bücher beträgt je 2 M.

Verbandsmitglieder können von jetzt ab beide Bücher zusammen zum Preise von 80 Pf. durch ihre zuständige Ortsverwaltung erhalten. Einzelgenossen kostet jedes Buch 50 Pf.

**Portefeuller**

tüchtiger, selbständiger Arbeiter, für kleine Lederwarenfabrik Magdeburgs sofort gesucht. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unter N. G. 304 an Ala, Haafenstein & Vogler A. G., Magdeburg.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt:

nach Wal- erfahrene Meister für Anzugkoffer aus  
 lingen: Dappe und Holz,  
 nach Stutt- tüchtige Sattler auf Maulbügelsäcke  
 gart: und Lederkoffer.

Unwaerter & Bubeck, Stuttgart.

**Tüchtige Portefeuller**

für dauernde Arbeit sofort gesucht. Stundenlohn 3,50 Kronen. Offerten sind zu richten an Lederwarenfabrik Maximilian Hauser, Nurnburg, Deutsch-Böhmen. (1/4 Stunde von der sächsischen Grenze).

Für dauernd werden gesucht:

**Tücht. Schärfer(in) und Zuschneider(in)**

Fortunamaschine

womöglich Portefeuller

Stundenlohn 3,50 Kronen. Offerten sind zu richten an Lederwarenfabrik Maximilian Hauser, Nurnburg, Deutschböhmen (1/4 Stunde von der sächsischen Grenze)



**Werkzeuge**

für Sattler u. Tapezierer

**MAX BRUCKLACHER.**

HAMBURGI

RATHAUSSTR. 17